

Neueste Mittheilungen.

Verantwortlicher Herausgeber: Karl Homann.

Berlin, Dienstag, den 16. Oktober 1894.

Der diesjährige sozialdemokratische Parteitag

tritt Ende des Monats in Frankfurt a. M. zusammen. Die Tagesordnung, die von den leitenden Gewalthabern ausgeht, ist in nüchternem Geschäftsstil gehalten; interessanter liest sich die lange Folge von Anträgen, die aus den Kreisen der Genossen heraus gestellt sind, und die ebenfalls schon vorher veröffentlicht werden mußten. Denn die Geschäftsordnung der Sozialdemokraten ist nicht minder streng als irgend eine bürgerliche, und die Parteiführer lieben es nicht, mit irgend einer vorlauten Frage über-rumpelt zu werden. Man kann aus der bunten Reihe dieser Anträge am besten ersehen, welche Fragen zumeist die Gemüther beschäftigen, und erkennt zugleich, daß bei Weitem nicht Alle mit der Art und Weise zufrieden sind, wie die Führer die Geschäfte leiten, wie sie vorschreiben, was an sozialistischer Weisheit gelehrt und geglaubt werden soll, und — wie sie mit den Arbeitergroßten wirtschaften, deren Erhebung zu einer drückenden Parteisteuer geworden ist.

Was diesen letzten Punkt angeht, so scheint es in der That, als wenn die Nemterjäger und die Ansprüche, welche Abgeordnete und Agitatoren für die Entlohnung ihres Demagogendienstes erheben, selbst den gutwilligsten Genossen zu viel würden. So wird verlangt, daß kein Parteibeamter mehr als 3000 Mark, kein Abgeordneter mehr als 4000 Mark Einkommen beziehen dürfe. Es giebt also Proletarier, die dafür, daß sie in schönen Reden oder schönen Artikeln arbeiten, jedenfalls erheblich mehr beziehen. An sich wäre es schon gerecht, daß man den Kopparbeiter, der manche Vorkenntnisse braucht und sich manche Nacht bei der Studierlampe sauer werden lassen muß, höher bewerthet als den einfachen Handarbeiter. Daß auch in Arbeiterkreisen das Verständniß dafür nicht fehlt, davon zeugt, daß man dem Kopparbeiter ein Tausendthaler-einkommen gönnen will, zu dem es der Handarbeiter schwerlich bringt. Aber man muß die von Wahnideen bethörten Leute bedauern, die sich von ihrem eigenen, viel schmäleren Einkommen so viel ab-darben, damit ihre großen und kleinen Propheten sich wohl sein lassen — zumal sie aus deren Munde doch nichts Gutes und Nützliches erfahren. Wir vermuthen, daß die Parteileiter auf die Forderung, ihre Ansprüche einzuschränken, auch diesmal wieder nur die Antwort haben werden, die sie schon früher gaben: daß Redakteure und Agitatoren es nicht billiger thun könnten, weil sie bei der bürgerlichen Presse besser bezahlt werden würden. Man sieht, auch hier ist es eitel Wind mit der Gleichheitsmacherei und Brüderlichkeit, daß ein Arbeiter so viel haben und verdienen müsse als der andere, und die Führer halten es für ganz in der Ordnung, daß sie sich aus den Arbeitergroßten ein gutes bourgeoismäßiges Gehalt zahlen lassen.

Ein anderer Punkt, der in den Anträgen häufig wiederkehrt, ist die Landagitation. Man verlangt, daß die agrarischen Fragen gründlich studirt, daß auch außerhalb der Partei stehende Fachleute gehört würden, und dazwischen steht die Bestätigung zu lesen, daß in diesem Sommer bei der Landagitation mehr verdorben als gut gemacht sei. Das ist ja zunächst erfreulich. Der Nachdruck und die Zähigkeit aber, welche die Sozialdemokratie neuerdings auf die Landfrage verwendet, darf nicht unterschätzt werden und muß alle aufrichtigen Volks- und Vaterlandsfreunde mahnen, auch ihrerseits es an Nachdruck und Zähigkeit nicht fehlen zu lassen, damit dem Landvolke seine Widerstandsfähigkeit gegen die sozialistische Verfeuchung gewahrt bleibe. Unablässig muß weiter daran gearbeitet werden, durch Ansässigmachung dem ländlichen Arbeiter seinen Stand und seine Heimath lieb zu machen, durch gute Bücher und Zeitungen sein geistiges Wohl zu fördern.

Mit der Landagitation hängt es endlich zusammen, wenn auch die Religionsfrage in den Anträgen vielfach berührt wird. Der alte Satz des Parteiprogramms, wonach Religion schlechthin Privat-

sache sein soll, gilt nämlich längst nicht mehr, seitdem die Sozialdemokraten einsehen mußten, daß ein gläubiger Christ von vorne weg für sie nicht zu haben sei. Thatsächlich verlangt die Partei heute von ihren Anhängern, sollen sie in Wahrheit zielbewußt sein und bleiben, die Religionslosigkeit. Leute, die an Gott und göttliche Gerechtigkeit, an die Heils- und Sittenlehre, an ein Jenseits glauben, kann sie nicht brauchen, und darum hat sie beim verständigen, fittlich unverborenen Landvolke bisher so wenig Erfolg. Man will nun darauf hinaus, daß die Religionsfrage im Parteiprogramm ganz gestrichen oder so listig in Paragraphen ver-klausulirt werde, daß der schlechte Landmann hier die wahre Meinung nicht erkenne und darüber hinweggetäuscht werde. Ein Antrag hingegen lautet ehrlich und deutlich genug dahin, die Religions-gemeinschaften, sowie die Religion selbst zu bekämpfen, wo ihre Lehren sich dem Befreiungskampf des Proletariats widersetzen. Dabei wird es in der Wahrheit und in der Praxis der Sozialdemokratie auch bleiben, und es wird in aller Zeit keinen einzigen Punkt geben, in welchem die Religion den Lehren der Sozialdemokratie nicht widerspräche. Der gläubige Mensch weiß sich eben für Zeitlichkeit und Ewigkeit bessere Tröstung und Verheißung, als die auf den sozialistischen Zukunftsstaat.

Versicherung gegen Arbeitslosigkeit.

Die staatliche Fürsorge für die Sicherstellung der Arbeiter findet naturgemäß ihre Grenze in der Sicherstellung der Arbeiter bei Arbeitsunfähigkeit, sei es, daß diese aus Krankheit oder Unfällen, sei es, daß sie aus Invalidität und hohem Alter herrührt. Hiermit ist nun freilich noch nicht einer Hauptursache des Mangels und der Noth vorgebeugt, nämlich den Wirkungen, die aus der Arbeitslosigkeit, aus der Unmöglichkeit, Arbeit zu finden, entstehen. Wollte der Staat hier helfend eintreten, so würde er geradezu eine Prämie auf Arbeitslosigkeit setzen und diejenigen, die auf der Bärenhaut liegen wollen, einfach hierzu aufmuntern, da ja für ihren Unterhalt gesorgt sein würde; ja es würde die Neigung zu Arbeitseinstellungen förmlich unterstützt und die Arbeitgeber würden geradezu entwaffnet und vernichtet werden, Staat und Gesellschaft würden mit einer derartigen Einrichtung ihre Grundlagen selbst untergraben und zerstören.

Es bedarf keiner weiteren Erklärung darüber, daß eine staatliche Versicherung gegen Arbeitslosigkeit unmöglich ist. Gleichwohl wird Jeder anerkennen müssen, daß es Fälle giebt, in denen es in hohem Grade wünschenswerth wäre, wenn den Arbeitern über die Zeiten unverschuldeter, durch Mangel an Arbeit entstandener Noth hinweggeholfen würde. In bestimmten Jahreszeiten treten regelmäßig an Orten, wo eine große Arbeitermasse sich zusammenge-drängt hat, Fälle von Beschäftigungslosigkeit in geringerem oder größerem Umfange ein; insbesondere die im Maurergewerbe und verwandten Zweigen beschäftigten Arbeiter machen fast regelmäßig im Winter solche Zeiten durch, und andererseits giebt es wieder gewisse Saisonindustrien, in denen die Arbeit im Sommer von selbst aufhört. Weiter aber werden namentlich zu Zeiten einer Ueberproduktion, oder wenn sonst der Bedarf an bestimmten Artikeln nachläßt, zahlreiche Arbeiter, die keine Verwendung mehr finden können, aus ihren Stellungen entlassen. Abgesehen davon, daß sie des Lohnbetrags, den sie bisher bezogen haben und den sie zum Lebensunterhalt brauchten, verlustig gehen, erwächst ihnen auch die Gefahr, daß sie in solchen Zeiten nicht im Stande sind, Krankenkassenbeiträge oder Beiträge für die Invaliditäts- und Arbeiterversicherung zu zahlen, wodurch sich der augenblickliche Mangel auch auf die Zukunft überträgt.

Nun ist es zwar eines Jeden Pflicht, bei Zeiten für solche Fälle von Arbeitslosigkeit zu sorgen, und namentlich muß man